

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Dobřívova nám. 82. Einzelpreis 70 Heller. Abonnementsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, Telefon 6796, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Vierteljährlich 48.— Kč, halbjährlich 96.— Kč, jährlich 192.— Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120.— SK, für Deutschland 16.— Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Wegen die Kriegsgefahr.

Wenn man den Frieden will, muß man zum Frieden rufen. Das ist nicht der Standpunkt weltfremder, unter Luftabschluss lebender Pazifisten, die sich die Gestaltung geschichtlicher Dinge ohne Anwendung irgendwelcher Gewalt denken, sondern gerade die Auffassung sozialistischer Realpolitiker, denen es mit der Erhaltung des Friedens ernst ist, denen nicht die Betonung von friedlichen Absichten zu einem moralischen Alibi für spätere Zeiten dienen soll. Anders die traditionelle bürgerliche Weisheit der äußerst fragwürdigen Friedensfreunde, die uns immer versichern, „wenn du den Frieden willst, muß du zum Kriege rufen!“ Im Kampfe um die Erhaltung des Friedens muß man sich gegenwärtig so sehr hüten vor der oberflächlichen Behauptung von der Unvermeidlichkeit des Krieges, vor der Vorstellung eines zwangsläufigen Schicksals, das gegeben ist, wenn man den Krieg sachlich vorbereitet hat und auf diese Vorbereitung immer wieder hinweist. Man muß sich, kurz gesagt, hüten, vor der Lahmlegung des Willens gegen die Kriegsgefahr anzukämpfen, weil man sich in die fatalistische Stellung der eigenen Machtlosigkeit hineinreden oder hineintreiben lieh.

Die Rede unseres Vertreters im auswärtigen Ausschuss, der Aufruf des Parteivorstandes und der Klubs der Abgeordneten und Senatoren verlangt die Auslöschung der friedlichen Mittel zur Beendigung des karlistischen Abenteuers, zur Beseitigung jeglicher Wiederholung desselben. Dieser Standpunkt muß mit dem ganzen Gewicht des ernsthaften Willens unserer Parteigenossen aufgefaßt werden. Es ist unsere Ueberzeugung, daß der Frieden zu erhalten ist, wenn man ernstlich und gewissenhaft alle Kräfte der Vermeidung des Krieges widmet. Der Erzkaiser Karl und seine Frau sind gefangen genommen. Fortihs Truppen haben gegen Karlisten Erfolge erzielt. Angeblich sind auch seine Anhänger geschlagen und in die Flucht getrieben. Die Gefahren von Ungarn sind vorausgesetzt, daß alle diese Nachrichten auf Wahrheit beruhen, natürlich nicht behoben. Doch selbst wenn es sich um ein Manöver der ungarischen Regierung handeln sollte, so würde selbst dieses Manöver bedeuten, daß die ungarischen Geschäftspolitiker mit einer wachsenden Schwierigkeit ihres Unternehmens rechnen. Was ist Herrn Fortihs, wenn ihm die Gefahr aufzudämmern beginnt, daß es mit seinen Ansichten schief geht, schließlich Habsburg. Mag er jetzt vielleicht auch mit den Karlisten unter einer Decke spielen. Was ist der Habsburger selbst für die Ostentenburgs und Kovalovks, wenn sie mit ihm ihre besonderen Geschäfte nicht mehr zu Ende führen können, wenn sich in ihrem Lotteriespiel Karl Habsburg als eine Niete erweist? An der Tatsache der Gefangennahme Karls müssen wir unser politisches Ringen für die Vermeidung des Krieges mit Ungarn anknüpfen.

Die große Entente ist gewiß nur mehr ein Schatten dessen, was sie nach Beendigung des Krieges war. Die Einheit des Willens für jedes neuauftauchende Problem der Politik ist geschwächt und Intriganten in den Ententestaaten sehen in der Uneinigkeit den Nährboden für Sonderabsichten und Sonderpläne. Aber trotzdem ist sie noch stark genug, um gegen die monarchistische Reaktion in einem Teil Mitteleuropas wirksam aufzutreten, wenn sie nur ernstlich will. Denn noch ist diese Reaktion trotz aller Anjäge in Mitteleuropa nicht organisiert. Noch können ihre Pläne im Auf-

Erklärungen im Senat.

Die Stellung der Parteien.

Die für gestern 3 Uhr Nachmittag anberaumte Sitzung des Senats erfuhr durch gewisse Vorgänge hinter den Kulissen eine mehr als einstündige Verspätung. Auf der Tagesordnung stand die Debatte zur Programmklärung der Regierung, doch angesichts der kritischen Lage war bei mehreren Parteien das Bedürfnis vorhanden, ihren Standpunkt zu den gegenwärtigen Ereignissen kundzugeben. Durch die Pötkas wurde aber eingewirkt, daß der Senat sich vorläufig über die gegenwärtigen Ereignisse nicht äußere und daß eine Debatte über diese Ereignisse erst heute im Abgeordnetenhause, dem der Vortrang gebühre, vorgenommen werde. Mehrere Parteien des Senates, auch tschechische, wollten sich diesem Diktate der Pötkas nicht fügen und so wurde zwei Stunden lang hinter den Kulissen debattiert und gestritten, bis schließlich eine Einigung dahin erfolgte, daß die Parteien Erklärungen zu den gegenwärtigen Vorgängen abgeben dürfen.

Präsident Prazel eröffnete die Sitzung und verlas eine feierlich sein sollende Kundgebung, in welcher viel von Treue zur Republik die Rede war und die von den tschechischen Mehrheitsparteien lebhaft applaudiert wurde. Dann sprach Ministerpräsident Dr. Benesch, der aber wirklich so gut wie nichts sagte. Namens der deutschbürgerlichen Parteien sprach Senator Jellinek, der manches Richtige sagte, dabei aber auch wieder das Lied vortrug, daß die Vorgänge in Ungarn lediglich dessen eigene innere Angelegenheit sei. Genosse Dr. Heller gab namens der deutschen Sozialdemokraten eine Erklärung ab, die sich scharf gegen das fluchbeladene Haus Habsburg wendete, doch von der Regierung verlangte, daß der Konflikt und die Unschädlichmachung der Familie Habsburg ohne Blutvergießen durchgeführt werde. Eindringliche Worte sprach er gegen die Versuche, eine Hurra Stimmung zu erzeugen und wendete sich scharf gegen die voreilige Mobilisierung und die Art ihrer Durchführung. Die Mehrheit hatte zum Redner den Senator und Abt Zavoral bestimmt, der vom Kriege wie von einer vollzogenen Tatsache sprach. Wohl beteuerte er mit durch lange Schulung gut vibrierender Stimme seine und seiner Aufragegeber Vorliebe für den Frieden. Aber, daß es gerade ein Priester war, der in diesem Augenblick sprach, das erinnerte lebhaft an die Reiten des Weltkrieges, da die Priester mit ebenso bewegter Stimme die Nordmächten und die in den Tod gehenden Soldaten segneten.

Rachstehend her Sitzungsbericht:

reisen zerstört werden. Der Schritt, den die Entente zu unternehmen hätte, müßte keineswegs ein kriegerischer sein. Nicht das müßte die kleine Entente von ihrer großen Gönnerin verlangen. Die Entente, die imstande war, Deutschland zu ent Waffen, vermag sicherlich Ungarn zu ent Waffen, was eine der Hauptforderungen der Tschechoslowakei ist. Den österreichischen Monarchisten, die auf eine Erstarbung der monarchistischen Reaktion in Ungarn lauerten, würde sofort der Schreck in die Glieder fahren, wenn die Entente die Energie gegenüber Ungarn aufbrächte, zu der sie ihren Freunden in der kleinen Entente verpflichtet ist und durch deren Vernachlässigung sie ihren moralischen, und im Laufe der Zeit auch ihren politischen Einfluß, auf die kleine Entente verlieren würde. Es ist also zur Bannung der Kriegsgefahr

Präsident Prazel eröffnete die Sitzung mit der Verlesung einer Ansprache, in der er von der ersten Zeit sprach, die für die Republik gekommen sei. Er schloß seine Rede mit der Versicherung der Treue für die Tschechoslowakische Republik und der Verehrung für den Präsidenten dieses Staates.

Ministerpräsident Dr. Benesch verwies auf die Worte des Vorsitzenden und meinte, daß man der weiteren Entwicklung ruhig entgegen sehen könne. Er ersuchte, es möge heute Mittwoch um 5 Uhr eine Sitzung des Senates einberufen werden, in welcher er über die Lage Bericht erstatten wolle.

Senator Jellinek (Deutschdemokrat) Angesichts der Verhältnisse der letzten Tage wäre es müßig über die Programmklärung der Regierung zu sprechen. Der Deutsche parlamentarische Verband schließt sich der vom Abgeordneten Krepek im Abgeordnetenhause abgegebenen Erklärung an und werden auch hier gegen die Erklärung der Regierung stimmen. Wir erklären, daß die Festsetzung der Regierungsform eine innere Angelegenheit jedes Staates ist. Sollte sich aus den Ereignissen in Ungarn für die Tschechoslowakei eine Verletzung ihrer Rechte ergeben, so möge die Tschechoslowakei sich an den Völkerbund wenden. Schon die Mobilisierung bedeutet eine Kriegsgefahr. Besonders aber gilt dies von dem Ultimatum, das die Tschechoslowakei an Ungarn stellen will. Die Machthaber dieses Staates haben sich niemals ernstlich bemüht, das Vertrauen der anderen Nationen zu gewinnen und so erblicken wir in den Vorbereitungen zum Kriege ein Zeichen der Schwäche. Diese Schwäche wird insoweit andauern, als der Staat nicht allen Nationen die gleichen Rechte einräumt.

Dr. Heller (deutscher Sozialdemokrat):

Unseren Standpunkt zur Regierung und zur Regierungsklärung hat unser Parteigenosse der Abg. Dr. Czech im Abgeordnetenhause klar gelegt. Wir verdammen mit tiefstem Abscheu den Versuch Karl Habsburgs, sich dem ungarischen Volke aufzudrängen und die Welt in neue Unruhe, vor die Gefahr kriegerischer Verwicklungen zu bringen. In diesem Versuche einen Ausdruck des Selbstbestimmungsrechtes zu finden scheint uns eine Herabsetzung des toten Gedankens des Selbstbestimmungsrechtes, dessen Verlester wir sind und bleiben.

Aber wir sind genötigt, festzustellen, daß die auswärtige Politik des Herrn Ministerpräsidenten Schiffbruch erlitten hat. Diese Politik verfolgte die unveränderte Durchführung der Friedensverträge und stützte sich in allen auf die große Entente und besonders auf Frankreich. Schon die im Einvernehmen mit Frankreich und England erfolgte Intervention Italiens in Venedig bedeutet eine Aenderung des Vertrauens von Trianon. Die Ententemächte haben aber in Ungarn kapitalistische Interessen, welche sie hindern, zur Durchführung des Friedensvertrages die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden. Sie sind untereinander in Konflikt gekommen. Wir haben diese Entwicklung

im Augenblicke und zur Stärkung der Hoffnungen auf ihre Niederschlagung notwendig, daß die kleine Entente an die große ein Ultimatum erläßt. Nicht ein Ultimatum, das zur kriegerischen Bewaffnung auffordert, sondern zur Ausrüstung der wirtschaftlichen und moralischen Machtmittel, mit denen Ungarn zur Aenderung seiner Politik gezwungen werden könnte. Es müßte doch den Staatsmännern der kleinen Entente, vor allem Benesch selbst, dem die Verantwortung für die Schicksale der Republik in dieser entscheidenden Stunde anvertraut ist, das Gefühl seiner Verantwortung das Rückgrat steifen gegenüber der großen Entente. Auch diese Möglichkeit des Eingriffs unseres Ministerpräsidenten ist noch lange nicht ausgeschöpft.

vom ersten Tage an vorausgesetzt und wünschen daß diese Einsicht bei den herrschenden Parteien wache und auch der Herr Minister aus diesen unstreitbaren Tatsachen die Konsequenzen ziehe. Wir glauben auch, daß die friedlichen Mittel, insbesondere die Mittel wirtschaftlichen Druckes, noch bei weitem nicht erschöpft sind, die Art der Durchführung der Mobilisierung erfüllt und wir schweren Bedenken. Wir wissen, daß jeder Krieg für die Arbeiterklasse die ungeheueren Gefahr in sich birgt, daß er die Reaktion im eigenen Lande stärkt. Schon werden Maßregeln angezündigt, welche eine Einschränkung der politischen Rechte in sich schließen, Maßregeln, von denen nicht nur das unmittelbare Operationsgebiet, sondern das ganze Land betroffen werden soll. Aus dieser Absicht erkennen wir das uns so wohl vertraute Gesicht des Herrn Ministers des Inneren, dessen als-österreichische bürokratische, durch und durch reaktionäre Gesinnung, dessen „starke Hand“ wir durch ein Jahr an der Arbeit gesehen haben. Wir haben zu ihm kein Vertrauen und muten ihm zu, daß er die Rechte der Arbeiterschaft im gegebenen Augenblicke nicht achten wird. Sehen wir nur, was uns diese letzten zwei Tage gebracht haben: Vor allem die Inkraftsetzung des Kriegsdienstleistungsgesetzes einer Maßregel, unter der die Arbeiterschaft, im Kriege so schwer gelitten hat. Nicht wir allein, die gesamte Arbeiterschaft hat die Beseitigung dieses Gesetzes verlangt. Die erste Handlung der Regierung ist die Wiederbelebung dieses gegen die Arbeiterschaft gerichteten Schandgesetzes. Sehen wir uns die Mobilisierungskundmachung an: In Absatz IV. Punkt e) und f) wird von den Entbehrungen der Arbeiter gesprochen. Darüber, welche Arbeiter in den Betrieben zu verlassen sind, entscheidet ganz so wie im alten Österreich der Unternehmer, der so Herr über Leben und Tod der Arbeiter wird, der eine furchtbare Waffe gegen die Arbeiter in die Hand bekommt. Ganz und gar das als-österreichische, kapitalistische System! Weiß die Regierung nichts von den Organisationen der Arbeiter, von den Betriebsausschüssen im Bergbau? Wenn irgendwas, so hätte hier die Mitwirkung dieser Organisationen eingreifen müssen, um Arbeiter vor der Willkür der Unternehmer zu schützen!

Ausnahmsweise, Kriegsdienstleistungspflicht die Mobilisierungskundmachung — all das atmet den alten kapitalistischen Geist, von dem sozialen Geist, auf den sich die Regierung beruft, verpflügen wir keinen Hauch. All das erfüllt uns mit der schweren Besorgnis, daß diese Maßnahmen zu reaktionären Versuchen, zu einer Einschränkung der Rechte der Arbeiterschaft, zur Stärkung des kapitalistischen Systems mißbraucht werden. Dagegen vermögen wir bis heute eine Maßregel, welche die dringendste hätte sein müssen: Nach meine die Regelung der Unterstützung der Angehörigen der Einberufenen. Diese Frage muß rasch und im liberalsten, den Feuerungsberhältnissen angepaßten Sinne geregelt werden. Wir erwarten die sofortige Regelung dieser Angelegenheit.

Vor einem möchten wir Sie warnen. Verlassen Sie nicht, in die Bevölkerung die Hurra Stimmung von 1914 künstlich zu tragen. Die gesamte Arbeiterschaft ohne Unterschied der Nation ist von einem tiefen Friedensbedürfnis erfüllt. All die Schrecken, all der Jammer, all die Not und all das Elend des Krieges leben fest verankert im Bewußtsein und im Gefühl der ganzen Bevölkerung.

Karl Habsburg ist gefangen! Die Möglichkeiten für eine friedliche Liquidierung sind durch diese Tatsache bedeutend gestiegen. Nie wieder darf die Familie Habsburg, die durch Jahrhunderte wie ein Alp auf allen Völkern lastete, deren Beseitigung von uns wie eine Befreiung empfunden wurde, die der infamisierte Ausdruck des Vortriebes, der Treulosigkeit war und ist, eine Rolle spielen. Steht wird deutsche Arbeiterschaft am Platze sein, wo es gilt, die Reaktion zu bekämpfen. Wir wünschen schließlich, daß die ungarische Arbeiterschaft, die seit zwei Jahren so furchtbar gelitten, von ihren Peinigern befreit werde! Unverbrüchliche Treue

werden wir unseren österreichischen und deutschen Genossen, der österreichischen und deutschen Arbeiterschaft bewahren!

Senator Chlumetz (slowakischer Kommunist) erklärt, daß seine Partei zu der Regierung kein Vertrauen habe.

Senator Zavoral (tschechischer Arbeiter) gibt für alle tschechischen Parteien die Erklärung ab, daß sie zu der gegenwärtigen Regierung volles Vertrauen besitzen und fest überzeugt sind, daß sie alles tun werde, um ihr Programm zu verwirklichen.

wir gehen nicht leichtsinnig in den Krieg. Es soll unendlich kein Tropfen Blut vergossen werden, aber es darf auch nicht an Energie fehlen und das was in Ungarn nun zum zweitenmal ereignete und den Staat bedroht darf sich nicht wiederholen.

Hierauf wird die Abstimmung über die Regierungserklärung vorgenommen. Für die Kenntnisnahme der Erklärung stimmen die tschechischen Parteien der Mehrheit, dagegen die deutschen Sozialdemokraten, die Deutschbürgerlichen und die tschechischen Kommunisten.

Der gescheiterte Putsch.

Wie Karl in Gefangenschaft geriet.

Budapest, 2. Oktober. Das Magyarische Telegraphenbureau meldet amtlich: Nach Entgegennahme der Regierungsbedingungen kehrten die Bevollmächtigten des Königs zu den ausländischen Truppen zurück, die der Annahme der Bedingungen auswichen und sich eiligst zurückzogen.

Verhaftungen karlistischer Führer in Budapest.

Breßburg, 25. Oktober, 14 Uhr 10 Min. Budapest meldet: Infolge des karlistischen Putsches wurden verhaftet: Stephan Friedrich, V. Szilagy und Abgeordneter Juray. Szmoeczanyi ist rechtzeitig geflüchtet.

Gef' in ein Kloster — Karl!

Wien, 25. Oktober. (Tsch. B.) Wie der Bundeskanzler im Nationalrat erklärte, hat der Erzherzog alle Bedingungen akzeptiert und wird vorläufig ins Kloster Tihany am Plattensee gebracht.

Die ganze Habsburgerbande muß aus der Schweiz.

Bern, 25. Oktober. (Schweiz. Dep.-Ag.) Der Bundesrat hat heute beschlossen, das ganze Gefolge Karl Habsburgs auszuweisen, inbegriffen sämtliche Mitglieder der Familie, soweit sie nicht absolut notwendig sind für die Pflege der Kinder, die in der Schweiz zurückbleiben.

Die Bedingungen für den Zitamann.

Breßburg, 25. Oktober. (19 Uhr 45 Min.) (Tsch. B.) "Viradal" meldet: Die Regierung Bethlen hat die Absicht, endgültig den öffentlich-rechtlichen Standpunkt Magyariens klarzustellen. Die Regierung hat Karl aufgefordert, die nachstehenden Bedingungen anzunehmen: 1. Definitiv auf den magyarischen Thron zu verzichten und die vollkommene Annullierung der pragmatischen Sanktion anzuerkennen.

Karl flücht.

Budapest, 25. Oktober. Das Ergebnis der gestrigen Beratungen der Vertreter der großen Entente mit der ungarischen Regierung besteht in dem Beschlusse, den König vorläufig im Kloster Tihany am Plattensee zu internieren.

gungen die ihm von der ungarischen Regierung gestellt worden waren, als angenommen gelten.

Horvath dankt den Arbeitern.

Budapest, 25. Oktober. (M. L. A. B.) Der Reichsverweser hat eine Proklamation erlassen, in der u. a. erklärt wird: Gewissenlose Personen haben König Karl irreführt und ihn bewogen, zur Ausübung der Herrscherrechte nach Ungarn zurückzukehren, trotzdem sie wissen mußten, daß dies mit Bürgerkrieg, fremder Besetzung und dem Untergang des Landes gleichbedeutend sein muß.

Karl Schweizer Asyl gekündigt.

Bern, 24. Oktober. (Schw. Dep.-Ag.) Der Bundesrat hat einstimmig das Verhalten und den Vorbruch des Kaisers Karl verurteilt. An eine Rückkehr in die Schweiz könne nicht mehr gedacht werden.

Basel, 24. Oktober. (Tsch. B. B.) Zur Fahrt des Kaisers Karl nach Ungarn schreiben die "Baseler Nachrichten" u. a.: Jeder Schweizer hat sich zu verhalten gegen die Art, die jetzt in der ausländischen und zu einem Teile in der inländischen Presse über die Regierung hergefallen wird, weil Karl nicht genügend bewacht worden sei.

Versthold flüchtet.

Berlin, 25. Oktober. Das "Berliner Tageblatt" berichtet: Der Vertraute des Kaisers Karl, Graf Versthold, ist aus der Schweiz in München eingetroffen und fährt nach Holland weiter. Von der holländischen Grenze wird er mittels Automobil bis zu einem unbekanntem Ziel befördert werden.

England und Polen mit der Kleinen Entente solidarisch.

Belgrad, 25. Oktober. Der Regierung wurde mitgeteilt, daß der englische Außenminister erklärt habe, England werde gegen eine gemeinsame militärische Aktion der Kleinen Entente zwecks Entfernung Karls aus Ungarn nichts einwenden.

Der Beschluß der Wiener Vertrauensmänner.

Wien, 25. Oktober. (Tsch. B. B.) Im Arbeiterheim, im 16. Bezirke fand gestern eine Versammlung der sozialdemokratischen Vertrauensmänner statt, auf deren Tagesordnung sich eine Rede des Abg. Julius Deutsch über die Gefahr der Reaktion und die Maßnahmen der Arbeiterschaft befand.

lung wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen: "Die Versammlung der Vertrauensmänner der Wiener Arbeiterschaft wendet sich mit Erbitterung gegen den neuen Versuch Karl Habsburgs, sich der magyarischen Krone zu bemächtigen. Ein Habsburger auf dem magyarischen Throne bedeutet die größte Bedrohung der Republik Oesterreich, er bedeutet den Ausbruch eines blutigen Krieges in Zentraluropa.

An alle Bezirksorganisationen!

Der Parteivorstand hat in seiner Sitzung am 24. ds. M. beschlossen, alle Bezirksorganisationen aufzufordern,

am Sonntag, den 30. Oktober, in allen Bezirksstädten Versammlungen mit der Tagesordnung:

„Die mitteleuropäische Reaktion und die Kriegsgefahr“ abzuhalten.

Wir fordern die Vertrauensmänner der Bezirksorganisationen auf diesem Wege auf — besondere Zuschriften erfolgen nicht — sofort die Vorbereitung dieser Versammlung zu veranlassen.

Genossen und Genossinnen, sorgt für eine gute Vorbereitung und für einen massenhaften Besuch der Versammlungen! Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft in der Neuböhmie muß in dieser außerordentlich ernstlichen Situation ihre Stimme erheben und ihrem Willen energischen Ausdruck verleihen.

Mobilisierung und Volkswirtschaft.

Die Mobilisierung ist verfügt. Mobilisierung bedeutet zwar noch nicht den Krieg, aber in den unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahme der tschechoslowakischen Regierung werden wir schon einen Vorgeschmack der katastrophalen Wirkungen eines modernen Krieges zu kosten bekommen.

Bei der bekannten finanziellen Situation aller Staaten Mitteleuropas, die nicht gerade an einer Ueberfülle an Massenbeständen leiden, wird die Finanzierung der Mobilisierung sehr

unangenehme ökonomische Nachwirkungen hinterlassen. Die wirtschaftliche Unsicherheit und der Geldbedarf des Staates werden, wenn die Mobilisierung auch nur kurze Zeit dauert, leicht zu einem Kursturz der tschechischen Krone führen, die in letzter Zeit ohnehin gegenüber den hochwertigen Besideissen im Werte gesunken ist.

Es könnte überhaupt geschehen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln bei einer längeren Dauer der Mobilisierung — nicht zu reden vom Kriege — auf Schwierigkeiten stoßen wird.

Die Folgen einer längeren Mobilisierung würde also die Arbeiterschaft, würden die breiten Massen der konsumierenden Bevölkerung zuerst zu spüren bekommen.

Man sieht also, daß schon die Mobilisierung allein schwere wirtschaftliche Schäden für die Bevölkerung und insbesondere über die Arbeiterschaft bringen würde.

Ingefaßt dieser furchtbaren Gefahren ist es Pflicht aller proletarischen Parteien Mitteleuropas, den geschwächten Erdteil vor einer neuen Katastrophe zu bewahren.

Der Stand Der ungarischen Frage.

Ausführungen des Ministerpräsidenten.

Der Ministerpräsident hatte für gestern abends die Vertreter der Presse zu sich geladen, um ihnen Ausführungen über die ungarische Frage zu erteilen. Einiges daraus sei im Nachfolgenden mitgeteilt.

Dr. Beneš ist der Meinung, daß die Krise mit der Gefangennahme Karls nicht beendet sei. Die endgültige Vereinigung der Angelegenheit bedarf noch mancher Arbeit. Es handelt sich um die Erledigung der bürgerländischen Frage die Durchführung der Entwaffnung — die Ungarn haben statt 35.000 Mann 115.000 — kurz die Erfüllung der Friedensverträge. Die Regierung Vorhuts wird sich der Verantwortung wohl entziehen wollen, aber das ändert an der Situa-

tion nichts. Ferner kommt noch die Herausgabe Karls in Betracht, woraus sich Komplikationen ergeben könnten, die in den innerungarischen Verhältnissen ihre Ursache haben. Die große und kleine Entente sind in der Beurteilung der Lage einig, bis Montag mittags lag die Uebereinstimmung der in Betracht kommenden Länder mit der tschechoslowakischen Regierung vor. Das Einverständnis der beteiligten Staaten ist eine bemerkenswerte Tatsache. Deswegen befürchtet der Minister keine ernstlichen Komplikationen mehr.

Auf Anfragen erklärte der Minister unter anderem, daß die bürgerländische Frage in die diplomatische Lösung der Krise einbezogen wird und daß die Auslieferung Karls an die große Entente erfolgen dürfte. Daß ein Ultimatum durch die Tschechoslowakei gestellt wurde, befrüchtet der Ministerpräsident entschieden.

Präsident des Obersten Rechnungskontrollamtes Dr. Körner wies auf die schwierige Tätigkeit dieses Amtes hin und begründete, warum der Rechnungsabschluss für das Jahr 1919 noch nicht vorgelegt werden konnte.

Polizeiführer (deutscher Nat.-Soz.) erklärte, daß auch seine Partei gegen jede Rückkehr der Habsburger sei. Das Budget sei nicht ausreichend. Er bemängelt, daß die Finanzverwaltung immer größere Rechte beansprucht. Er ist gegen die Vermehrung der Polizei und der Gendarmerie.

Abg. Remeč (tschech. Sozialdemokrat) reagiert auf die Ausführungen des Genossen Laub. Die Tschechoslowakei handle nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch in dem der Deutschen. Er verteidigt die Mobilisierungsmaßnahmen und verlangt eine Reform der Verwaltung.

Bacran (deutschnational) erklärt, daß der französische Einfluß und der Bürokratismus dieser Republik an der Finanzlage des Staates die größte Schuld trügen. Er verlangt eine Untersuchung der wirtschaftlichen Zentralen.

Nach den Ausführungen der Herren Nosel und Bobol polemisiert Spacel (Nationaldemokrat) gegen die Ausführungen Laubs. Er wünsche aufrichtig, daß es zu keinem Konflikt käme. Aber zur Vermeidung noch schwererer Krisen in der Zukunft müsse einmal in Magyrien tabula rasa gemacht werden. Die Deutschen in der Republik seien keineswegs entrechtet; sie besäßen z. B. ein weit ausgebauteres Schutzwesen als die Tschechen. Er macht den Deutschen den Vorwurf, daß sie nicht tschechisch lernen wollen.

Abgeordneter Sonntag stellt fest, daß ungefähr 525.000 Angestellte in Betracht kämen, für welche Laub, Erdinko und Dubnil die Notaushilfe verlangten.

Die nächste Sitzung des Budgetausschusses findet morgen, Mittwoch, um 3 Uhr, statt. In dieser soll auf die Spezialdebatte eingegangen werden.

Wehrausschuß.

In der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses sprach Ministerialrat Chur aus dem Ministerium des Innern zur Frage der Unterhaltsbeiträge und beantragt die Anwendung des bestehenden Gesetzes, das den gegenwärtigen Verhältnissen ganz und gar nicht entspricht. Troy Einmündung der deutschen Sozialdemokratie stimmten alle tschechischen Parteien dem Antrag zu. — Zum Antrag „Bequartierungsbeitrag an die Gemeinden für beigestellte Quartiere an Soldaten und Mannschaften“ schlägt der Referent eine Erhöhung von 40 Prozent vor, was einem Aufwand von zwei Millionen tsch. Kronen gleichkommt. Genosse Kaufmann als Vertreter des Deutschen sozialdemokratischen Klubs verweist auf die Unzulänglichkeit dieses Antrages und führt Beispiele an, welche große Beträge die von der Einquartierung betroffenen Gemeinden bezahlen müssen. Er verlangt weiter, daß die Offiziere von ihren vorgelegten Kommanden befreit werden, ihre Ansprüche besonders auf Hotelquartiere herabzusetzen, falls nicht eine kurze, vorübergehende Kommandierung vorliegt. Für die Unterbringung der Mannschaften sollen anstatt Schulen Kasernen, eventuell Gasthäuser besetzt werden. Auch andere Redner übten an den Zuständen scharfe Kritik, die Minister Ubrzal zu entkräften versuchte.

General Kunz berichtet über die Justifizierung eines Soldaten in Tschonow und teilt mit, daß die Ansprüche der Hinterbliebenen durch das Ministerium für soziale Fürsorge geregelt wurden. Weiters teilt er an Hand eines vorliegenden Protokolls mit, daß der Hauptzeuge, der im vorliegenden Fall dem „Aube Bravo“ die entsprechenden Informationen geliefert hatte, eingestanden hat, daß diese Informationen falsch waren, und wurde derselbe nicht nur wegen Vertruges, sondern gleichzeitig wegen eines begangenen Diebstahls bestraft.

Abgeordneter Novak interpelliert den Minister wegen des bekannten Hangarbrandes, bei dem 60 Pferde und drei Soldaten ums Leben kamen. Der Minister gibt zu, daß ein Fall grober Fahrlässigkeit vorliege, daß die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist und er noch Bericht derselben weiterberichten werde.

Gesundheitsausschuß.

In der gestrigen Sitzung des Gesundheitsausschusses wurde der Gesetzentwurf Politzärs über das Verbot der Verabreichung alkoholischer Getränke an Jugendliche in zweiter Lesung angenommen. Weiters wurde die Regierungsvorlage über den Gesundheitszuschlag zu den direkten Staatssteuern zum Zwecke der Unterstützung der öffentlichen Fonds zur Erhaltung der Krankenhäuser und Heilanstalten verhandelt. Das Gesetz sieht einen Zuschlag von acht Prozent für 1921 und von höchstens zehn Prozent für die folgenden Jahre vor. Das Gesetz stand schon einmal in Verhandlung und scheiterte damals an dem Widerstand der Landesausschüsse, die die Autonomie der Länder verteidigen zu müssen glaubten. Diesem Widerstand wurde durch eine Änderung des § 8 des Gesetzes Rechnung getragen. Es wird bestimmt, daß jetzt nur drei Landesausschüsse in der Höhe von 75 Prozent der Umsätze in den betreffenden Ländern zugewiesen werden. Die deutschen Sozialdemokraten haben dieses Gesetz wärmstens unterstützt, weil sie sich eine Besserung der trostlosen Lage der Krankenhäuser und die Errichtung der dringend nötigen Augen- und sonstigen Heilanstalten erwarteten.

Die Frage der Brot- und Mehlversorgung.

Sitzung des Reichswirtschaftsrates.

In der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsrates erschien eine Abordnung der Prager Fabrik-Ausschüsse, um zu fragen, welche Vorkehrungen getroffen wurden, damit die Ereignisse in der Versorgung der Bevölkerung sich nicht wieder so entwickeln, wie im Jahre 1914 und 1915. Zu diesem Punkte der Tagesordnung war vom Redakteur Frabša ein Resolutionsantrag eingebracht worden, der folgendermaßen lautet:

„Der Reichswirtschaftsrat fordert die Regierung auf, ungesäumt zur strengsten Verfolgung des Wuchers zu schreiten, welcher in vermehrtem Maße im Hinblick auf den eventuellen Kriegskonflikt mit Ungarn zu greifbaren beginnt. Jeder, der diese Zeit zu seiner Bereicherung zum Schaden des kleinen Volkes mißbraucht, werde empfindlich bestraft und ihm das Gewerbe entzogen. Damit nicht die Verheimlichung der Vorräte zum Zwecke des Wuchers in die Erscheinung trete, möge durch Organe der bürgerlichen Kontrolle eine Ueberprüfung der Magazine und Vorräte unternommen werden, namentlich bei den Großhändlern und bei denen, wo festgestellt würde, daß sie die Vorräte zum Zwecke der Spekulation verheimlichen, mögen Schritte zu deren Bestrafung unternommen werden. Auch derjenige möge bestraft werden, der selbst durch freiwillige Ueberzahlung sich Vorräte zum Schaden der anderen verschaffen wollte. Die Geschäftsleute mögen sofort aufgefordert werden, den Konsumenten nur eine solche Menge, besonders von Nahrungsmitteln, zu verkaufen, welche nicht darauf hinweist, daß es sich um eine beabsichtigte Schädigung des normalen Wirtschaftslebens handelt.“

Zu diesem Antrag und zu den Anfragen der Vertrauensmänner der Prager Arbeiterschaft gab der Ernährungsminister Srbha eine Erklärung ab, deren wichtigster Inhalt folgender ist: Ganz unberechtigter Weise zeige sich an manchen Orten eine Aufregung der Konsumenten wegen der zukünftigen Versorgung, und es werden übertriebene Einkäufe gemacht, welche die Preise der Lebensmittel ganz abnormal in die Höhe trieben. Zu irgendwelchen Besorgnissen wegen einer Störung der Lebensmittelversorgung ist kein Grund vorhanden. Aus den bisher erfolgten Ablieferungen ist der Mehlbedarf bis ungefähr Ende dieses Jahres gedeckt und es wird eine Unterbrechung in der Zuweisung des Approvisionierungsmehles unter keinen Umständen erfolgen. Auch der Armebedarf erscheint

vollkommen gedeckt und wird aus den für die öffentliche Approvisionierung bereit stehenden Mengen für den Armebedarf nicht abgezogen werden müssen. Diejenigen, welche aus der staatlichen Approvisionierung Mehl beziehen, erhalten zu Beginn des Monats November anstatt ihrer Wochenquote die ganze Monatsquote im Vorhinein. Dann machte der Minister hinsichtlich der staatlich Versorgten auf die Tatsache aufmerksam, daß wir erst am Beginn der Wirtschaft aus der neuen Ernte stehen und somit gar keine Befürchtung für die Versorgung der Bevölkerung vorhanden sei.

Um auch die Mehlversorgung jener, welche aus der staatlichen Versorgung ausgeschlossen sind, zu sichern, erklärt sich der Minister bereit, aus den 3000 Waggons Mehl, die als Reserve dienen, eventuell notwendige Mengen zu dem niedrigsten Preise zur Verfügung zu stellen, um ein Einauffahren der Preise im freien Handel zu verhindern. Selbstverständlich wurde jegliche Ausfuhr von Lebensmitteln mit dem Stichtag 21. Oktober verboten und die bereits erteilten Ausfuhrbewilligungen für Lebeweis und Gerste ungültig erklärt. Die Wucherkontrolle durch das Versorgungsministerium wird wesentlich verschärft und gegen Alle, welche die gegenwärtige Situation in unzulässiger Weise ausnützen wollen, mit den schärfsten Strafen vorgegangen werden.

Die Sprecher der Arbeiterdeputation, Utlavec für die Metallarbeiter, Svoboda und Cervenka für die Fabrik-Ausschüsse und ein Delegierter der Arbeiterschaft aus Kladovo erklärten, für den Fall, als die Regierung die gegebenen Versprechungen nicht einhalten sollte, würde die Arbeiterschaft die Ordnung der Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen.

Die Resolution Trabla gelangte zur einstimmigen Annahme.

Als nächster Punkt der Tagesordnung sollte die Frage der Errichtung von Konsumentenkammern zur Verhandlung kommen. Ueber Antrag der Genossen Gchorjan und Kovanta wird jedoch das Präsidium des Reichswirtschaftsrates vorerst die Genossenschaftsverbände und Gewerkschaftskommissionen einladen, ihre Wohlmeinung in dieser Frage abzugeben.

Aus dem Parlamente.

Budgetausschuß.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses wurde die Debatte über das Budget begonnen. Neben anderen Rednern sprach Abgeordneter Laub (deutscher Sozialdemokrat) und führte unter anderem aus: In den gegenwärtigen Ereignissen will man einen Kurs einschlagen, gegen den wir uns wenden müssen. Der Ministerrat hat beschlossen, das Kriegsdienstleistungsgesetz wieder in Kraft zu setzen, jenes Gesetz aus der alten Monarchie, unter dem die arbeitende Bevölkerung so Bitteres erdulden mußte. Die Anwendung der Methoden des alten Oesterreich widersprechen der Behauptung, daß dieser Staat ein demokratischer Staat ist. Die Arbeiter sollen wieder die ersten sein, die unter den Ereignissen zu leiden haben. In bestimmten staatlichen Betrieben soll auch eine Verlängerung der Arbeitszeit vorgenommen werden. England ist im ersten Jahre des Krieges ohne Kriegsdienstleistungsgesetz und fast ebenso lange ohne Verlängerung der Arbeitszeit ausgekommen. Auch hier sollte man von dieser Methode Abstand nehmen. Die Fürsorgemaßnahmen reichen nicht aus, um die Existenz der Familien der Eingezogenen zu sichern; es sollte daher ungesäumt das Unterhaltsbeitrags-Gesetz, den Steuerungsverhältnissen entsprechend geregelt werden. Zur Besprechung des Budgets übergehend verweist Redner auf das Budget des Vorjahres, das mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht im

Einklang stand. Redner bemängelt es, daß die Regierungsabschlüsse dem Gesetze widersprechend zu spät vorgelegt werden. Redner verweist auf die systematische Entziehung der deutschen Bevölkerung und wendet sich gegen das System, durch welches dem Auslande einzureden versucht wird, wie gut es den Deutschen hier geht. Dieses traurige Geschäft besorgt vor allem die „Prager Presse“, die nicht nur von den Geldern der Tschechen, sondern auch von jenen der Deutschen bezahlt wird. Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß das Ausland über die Glaubwürdigkeit dieses Blattes im Zweifel ist. Redner bespricht dann die politischen Verfolgungen und fordert die Freilassung der Dezemberopfer. Öffnen Sie die Kerker und geben Sie diesen armen Menschen die Freiheit wieder! Um die Finanzen des Staates ins Gleichgewicht zu bringen, wird Sparsamkeit auf allen Gebieten empfohlen. Manche Herren stellen sich diese Sparsamkeit so vor, daß eine Erhöhung der Löhne und Gehalte nicht mehr stattfinden dürfe. Auf die Reichen, auf die Banken, hat er nicht hingewiesen. Nur die arbeitenden Menschen sollen beim Sparen helfen. Man spricht vom Sparen, aber die Mobilisierung allein hat schon eine Teuerung zur Folge gehabt. Wir gehen einer neuen Teuerungswelle entgegen. Bei steigender Teuerung kann der Forderung nach erhöhten Löhnen nicht Einhalt geboten werden.

Darauf sprach Abg. Erdinko (tschech. Agrarier), der gegenüber dem Genossen Laub eine Lanze für die Demokratie der tschechischen Re-

Wichtige Parteibeschlüsse.

Stellungnahme zur Kriegsgefahr. — Versammlungskaktion. — Verschiebung des Parteitag.

Montag, den 24. Oktober, nachmittags, trafen über telegraphische Einladung der Parteivorstand und die Klubs der Abgeordneten und Senatoren zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammen, in der die außenpolitische Situation, die Mobilisierung und die sonstigen Regierungsmassnahmen erörtert wurden. Genosse Dr. Czech erstattete einen eingehenden Bericht über die Ereignisse seit dem Eintreffen Karl Habsburgs in Leoben, die Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Dr. Beneš und die Verhandlungen mit den sozialistischen Bruderparteien. Er motivierte seine Rede im auswärtigen Ausschuss, durch die eine vorläufige Stellungnahme der Partei erfolgt war. An diesen Bericht schloß sich eine überaus interessante Debatte an, die sechs Stunden währte und in der eine Reihe von Genossen das Wort ergriffen. Alle Redner gaben ihre Zustimmung zur Stellungnahme im auswärtigen Ausschuss und erklärten, daß nach ihrer Auffassung die deutschen Arbeiter ihre proletarischen Pflichten im Kampfe gegen die Habsburgerdynastie und gegen die mitteleuropäische Reaktion erfüllen werden. Die brüderliche Solidarität, die uns mit der Arbeiterschaft Oesterreichs und Deutschlands verbindet, wird in dieser kritischen Situation mutig und entschlossen bekräftigt werden. Uebereinstimmend wurde die Forderung erhoben, auf die Regierung einzuwirken, daß der Krieg verhindert werde. Die Arbeiterschaft ist durch die schrecklichen Greuel des Weltkrieges gewornt, von banger Sorge erfüllt, daß auch vorläufige Massnahmen der Regierung zu kriegerischen Verwicklungen führen könnten. Am Schlusse der Debatte wurde der Antrag des Genossen Kögler, der Stellungnahme des Sprechers der Partei im auswärtigen Ausschusse des Abgeordnetenhauses die nachträgliche Zustimmung zu erteilen, einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, der gemeinsamen Erklärung der sozialdemokratischen Parteivorstände Deutschlands, der Tschechoslowakei und Oesterreichs zuzustimmen. Das Ergebnis der Debatte wurde in dem Aufruf des Parteivorstandes und der Klubs der Abgeordneten und Senatoren zusammengefaßt. Sollte die Partei in den nächsten Tagen vor noch schwierigeren Entscheidungen gestellt werden, so wird die Einberufung des Reichsausschusses oder der Reichskonferenz erfolgen.

Ueber Antrag des Genossen Cermak wurde einstimmig beschlossen, am Sonntag, den 30. Oktober, in allen Bezirksstädten Versammlungen mit der Tagesordnung: „Die mitteleuropäische Reaktion und die Kriegsgefahr“ einzuberufen.

Die Mobilisierung und die drohende Kriegsgefahr machen es unmöglich, die Vorarbeiten für den Parteitag fortzusetzen. Der Parteitag, der für den 13. November einberufen war, kann unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen seine schwierige sachliche Arbeit, die Aufstellung von Richtlinien für die künftige Politik der Partei, ferner für unser Vorkommen in der Gemeindeverwaltung und für unsere Stellung zur Agrarfrage nicht leisten. Aus diesem Grunde hat der Parteivorstand beschlossen, die Abhaltung des Parteitages und die Frauenrechtskonferenz auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Das Kriegsdienstleistungsgesetz wieder in Kraft.

Die Regierung hat das Stürgkh'sche Kriegsdienstleistungsgesetz vom 26. Dezember 1912 wieder in Kraft gesetzt. Mit allen seinen Härten, die wir während des Krieges tausendfältig erlitten haben, läßt es uns schauderhaft bewußt werden, was unser harter, wenn es zu einem neuen Krieg kommt.

Schon im Falle der Mobilisierung kam das Gesetz in seinem vollen Ausmaße gehandhabt werden. Die einzige Bedingung für seine Anwendung ist, daß die im Gesetz festgesetzten Kriegsdienstleistungen nicht im normalen Wege, d. h. nach den im Frieden üblichen Modalitäten, nicht rechtzeitig oder aber nur mit einem unverhältnismäßig größeren Kostenaufwand zu beschaffen wären. Diese Voraussetzungen sind in ihrer Auslegung derartig leicht zu konstruieren, daß der Anwendung des Gesetzes eigentlich keine Schranken gesetzt sind. Was die Personen anlangt, die die Vorteile des Gesetzes genießen, ist ihr Kreis ziemlich weit. Nicht nur das eigene Militär, auch das des verbündeten Staates, die Gendarmerie, die Finanzwache, das staatliche Fortpersonal, die Kriegsgefangenen und alle Zivilpersonen, die die bewaffnete Macht begleiten, können Kriegsdienstleistungen in Anspruch nehmen.

Zu persönlichen Dienstleistungen für Kriegszwecke außerhalb der Feuerlinie — was übrigens auch ein sehr dehnbarer Begriff ist — können, wenn der Bedarf durch Wehrpflichtige nicht gedeckt werden kann, alle arbeitsfähigen männlichen Zivilpersonen, die das 50. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, herangezogen werden. Mit Schaudern denken wir daran, in welcher Weise das Gesetz während des Krieges gehandhabt wurde und müssen in dieser Stunde die Regierung und die Vollzugsorgane des Gesetzes an ihre Pflicht erinnern, das Gesetz nicht extensiv, nicht willkürlich auszulegen: „Die Anforderung von Kriegsdienstleistungen ist auf den unbedingten Bedarf zu beschränken. Die Verpflichtung tritt in allen Fällen nur nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit ein.“

Die persönlichen Dienstleistungen müssen vergütet werden. Aber auch für die Abnutzung und Beschädigung ihrer Werkzeuge erhalten die Arbeiter eine Entschädigung.

Die Militärstrafgerichtsbarkeit wird in weitgehendem Umfang auch auf diejenigen Personen ausgedehnt, die zur Kriegsdienstleistung herangezogen werden. Die Versorgung der Familien der Kriegsdienstleistenden ist zweckentsprechend bis jetzt in der Tschechoslowakei nicht geregelt und wir erwarten, daß sobald die in diesem Gesetz die ganze Komplex dieser Fragen derart geregelt wird, daß nicht die Nachteile der Kriegsdienstleistung durch die Not der betroffenen Familien verschärft wird.

Unbedingt befreit das Gesetz von Kriegsdienstleistungen folgende Personen: die geistig und körperlich hierzu ungeeigneten, die Staats- und sonstigen Beamten, die Gemeindevorsteher, Militärpersonen und namentlich Entschädigte, Seelfürger, Personen, die durch internationale Verträge ausdrücklich oder nach völkerrechtlichem Herkommen befreit sind. Von der Leistung länger dauernder Arbeiten und Dienste außerhalb der Aufenthaltsgemeinde sind selbständige Landwirte, Fabrik- und Gewerbetreibende und Personen aus rüchswürdigen Familienverhältnissen befreit.

Die sachlichen Kriegsdienstleistungen erstrecken sich vor allem auf die Bereitstellung aller Verkehrsmittel, denen auch Tiere zugerechnet werden, zu dauerndem Kriegsgebrauch. Die gewöhnliche Abnutzung der Verkehrsmittel wird nicht entschädigt. Der Ankauf erfolgt kommissionell. Auch Immobilien, d. h. Häuser, Felder, Gärten, können entgeltlich enteignet werden.

Zu einer sachlichen und zugleich persönlichen Kriegsdienstleistung können bei Einquartierung „die einen Haushalt führenden Einwohner“ — also nach extensiver Interpretation des Gesetzes auch Frauen verpflichtet werden. Das Gesetz spricht von Naturalverpflegung, worunter gegebenenfalls die Herstellung von Speisen verstanden werden könnte. Schwere Pflichten werden durch das Kriegsdienstleistungsgesetz den Gemeinden auferlegt. Sie haben verschiedene ärztliche Güter aufzubewahren, übernehmen die Pflicht der Pflege kranker Personen und Tiere. Selbstverständlich müssen sowohl Gemeinden wie Privatpersonen für die Bereitstellung von Fut-

termitteln aufkommen. Den Gemeinden obliegt auch die Bereitstellung von Heiz- und Beleuchtungsmaterial.

Die politischen Behörden, die Gemeinden, aber unter Umständen auch das Militär, können mit Gewalt die Leistungen erzwingen. Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß durch diese Bestimmung der willkürlichen Gewalt Tür und Tor geöffnet ist. Es ist ein Gesetz, das von Franz Josef, unfeligen Andenkens, und vom Stürggh gezeichnet ist. Das bestimmt mit seiner Bevorratung der Besten den Charakter des Gesetzes. Pflicht einer demokratischen Regierung wäre es, so schnell an seine Außerkraftsetzung zu denken, so überraschend schnell es wieder in das Leben des Staatsbürgers hineingetragen wurde.

Inland.

Die Kriegsspekulation beginnt wieder. Wie das Abendblatt des „Pravo Lidu“ meldet, verbergen verbrecherische Spekulanten wieder alle möglichen Arten von Waren, um zu warten, bis die Preise in die Höhe gehen. Diesen wird mit vollem Recht angedroht, daß sie ins Kriminal gesteckt würden; dort werde man aus ihnen die ersten Strafkombos zusammenstellen. Die Vorbereitungen hierfür seien von der Regierung und den Behörden getroffen.

Nur zu wenig? Der „Nasinec“ berichtet, daß noch ein Teil des Hultschiner Ländchens, zehn Gemeinden, in den Besitz der Tschechoslowakei auf Grund irgend eines uns fragwürdig scheinenden Rechtstitels übergehen sollen. Wir warnen: mit dem Essen kommt der Appetit...

Eine Versammlung der tschechischen Chauvinisten. Am Sonntag Vormittag fand auf der Zophieninsel eine Protestversammlung gegen die Unterdrückung und Zurücksetzung der tschechischen Sprache in der tschechoslowakischen Republik statt. Die vom tschechoslowakischen Verband der Beamten und Angestellten, von der Sololgemeinde, der Regionärs-Gemeinde, dem tschechischen Böhmernverein und dem tschechischen Nordböhmerverein und dem tschechischen Schulverein einberufen worden war. In dieser Versammlung erklärte unter anderem Abgeordneter Dr. R. R. amarsch, daß jeder Gedanke einer nationalen, territorialen Autonomie die Negation und Leugnung der Idee des tschechoslowakischen Staates bedeute. Der Referent Ing. K. L. S. erklärte, daß mit Hilfe der Durchführungsbekanntmachung zum Sprachengesetz der tschechische Nationalstaat zu einem Nationalitätenstaat gemacht werden soll. Er beruft sich hierbei auf ein Sprachengesetz aus dem Jahre 1615 — bis dorthin beruht sich die tschechische Reaktion —, das viel besser die Rechte der tschechischen Sprache verwahrt habe. Dann wurde eine Resolution angenommen, in der verlangt wird, daß die Kenntnis der tschechischen Staatssprache von jedem Staatsbürger der tschechoslowakischen Republik vorausgesetzt werden müsse. Der Gebrauch anderer Sprachen als der Staatssprache ist nur zulässig im Privatverkehr, im Geschäftsleben, im Druck und in öffentlichen Versammlungen. Alle öffentlichen Stundengebungen der Staatsorgane erfolgen ausschließlich in der tschechoslowakischen Staatssprache, alle öffentlichen Beschilderungen und Namen, auch die der Ortschaften, sind nur tschechisch. Bis Ende 1924 müssen alle Staatsbeamten die Staatssprache beherrschen, widrigenfalls sie ihrer Stellen verlustig gehen.

Genossen! Werbet für Euer Zentralorgan!

Er mußte wiederum lachen, wenn er sich die Segensprüche beschwor, mit denen man ihn zum Abschied begab. Nur, daß sie ihm nicht bis zur Dorgrenze das Geleit gaben, der Gewißheit halber, daß sie seiner ledig würden. Ordentlich glücklich waren sie doch gewesen, ihn vom Halse zu bekommen. Das Gefindel!

Er blickte aufwärts. Der Himmel hatte sich grau umzogen, und ein springender Wind freiste auf. Ja, und nun schneite er ihnen mit dem ersten Schnee wieder in das alte Nest. Und dies war das Bestimmende für ihn und seine Rückkehr: sie würden sich mit dem wiedergewonnenen Mitbürger ganz über die Wägen freuen. Also: hinein denn ins Dorf!

Er nahm sein Bündelchen hoch. An den Stock, den er sich dorb und dornig von einer Bede geschnitten, band er sein blaues Taschentuch und ließ es gleich einer wehenden und stegreichen Fahne flattern. Zerlöchert genug war es dafür. Und breitbeinig und ganz entschlossen, ein Bursche, der sich vor nichts fürchtete, und dem Tod seinen Nasenstüber geben möchte, stampfte er durch die ersten fallenden Flocken in seine Heimat.

Es war im Talgrund wärmer als auf der Höhe. Er fühlte es, und das tat ihm wohl. Aus allen Schornsteinen stieg ein feiner Rauch und weckte Gedanken an allerhand gute und nahrhafte Dinge, die nun zu Mittag gelocht würden. Wotisch Hermann trat in ein Wirtschaftshaus und ließ sich ein Stück Brot und ein tüchtiges Glas Schnaps geben, damit er sich nicht den Magen erkälte. Die Stube war so hübsch geheizt. Er wärmte sich am Ofen, überzählte seine Barschaft, seufzte und duselte. Denn wie Hunde und Ragen, so kommt es einschleusen, wann es ihm gefiel.

Es war ihm eigentlich keinen Augenblick bang um sich und seine Zukunft. Wer sich von

Tages-Neuigkeiten.

Krieg?

Nun sind es knapp drei Jahre, das die Front der Verbündeten im Weltkriege zu wanken begann, daß die Kriegsmüden Kämpfer draußen die Waffen wegwarfen und der Wille der Massen, die jahrelang Rot und Tod, Hunger und Glend hatten erleiden müssen, dem Völkermorden ein Ende setze. Damals gelobten wir, die wir heil dem Blutbad entronnen waren, mit der ganzen Kraft unseres Herzens und unserer Sinne, die Welt mit einem solchen Friedenswillen zu durchdringen, daß niemals wieder ein Volk gegen das andere sich mit den Waffen in der Hand erhebe. Nie wieder sollte der Arbeiter des einen Landes gegen den Bruder jenseits der Grenze zur Waffe greifen, nie wieder sollten im Dienste imperialistischer Mächte, im Dienste der ausbeutenden Herrenklassen, zum gegenseitigen Morde Arbeiter gegen Arbeiter stehen. Aber seit dem Tage, da der furchtbarste Krieg aller Zeiten auf den Schlachtfeldern Frankreichs und Deutschlands, Oesterreichs und Italiens ein Ende nahm, ist noch keine Stunde vergangen, wo nicht Dank dem herrlichen Frieden, den die siegreichen Mächte der Welt gaben, neues Blut geflossen wäre. Hundert neue Kriegsgefahren haben die Herren von Versailles, St. Germain, Trianon und Sevres dem neuen Europa mit auf den Weg gegeben. Bis zu dem heutigen Tage haben wir, die wir innerhalb der Grenzen der tschechoslowakischen Republik leben, den furchtbaren Feueratem der Kriegsbestia immer nur von weiter Ferne gespürt. Nun aber ist die Kriegsgefahr auch für uns in furchtbar bedrohliche Nähe gerückt. Schon ist die teilweise Mobilmachung angeordnet und wir erleben Stunden und Tage ganz ähnlich jenen, die wir vom August 1914 noch schauernd in Erinnerung behielten.

Wiederum sind für tausende junge Männer, tausende Mütter und Frauen schrecklich bange Stunden gekommen. Wieder hasten die Menschen in qualenden Zweifeln, in Angst und Ungevißheit durch Straßen und Plätze, die wiederum dasselbe Bild bieten, das wir seit den Tagen, da der Weltkrieg ausbrach, nicht aus dem Gedächtnis verloren haben. Wiederum suchen die gequälten und gemarterten Männer und Frauen Gewißheit und Aufklärung in den Zeitungen zu finden, die wiederum ganz so wie einst, Extrazusätze in die Welt hinausgehen lassen und mit ihren schreienden Titeln und fetten Lettern den tausenden und abertausenden Fragern doch keine klare Antwort geben, ihnen nicht mehr sagen können, als daß sich eben wieder schreckliches Geschehen in der Welt vollzieht. Die Nachrichten überstürzen einander und in der Unsumme von Ereignissen bietet sich nirgends und niemandem die Möglichkeit aus der Fülle der Meldungen die Wahrheit zu finden.

Ueber alles hinweg aber hämmert in den Gehirnen nur der eine dumme Gedanke: wiederum Krieg! Noch ist das schrecklich Drohende nicht zur Gewißheit geworden, noch besteht die Aussicht, daß die Vermunft zum entscheidenden und klärenden Worte kommt.

Die Habsburger haben allerhand am Gewissen — aber wir haben sie doch lieb. Wenn wir daran denken, daß wir Deutschen im alten Oesterreich ja doch die Herren waren, während wir in der Tschechoslowakei nur eine Nation zweiter Ordnung und ohne Aussicht sind, hier

Kindeskneien allein durchbeissen muß, der gewinnt einen gewissen Fatalismus. Er rechnet damit, daß ihm manchmal eine Ruß unterkommen wird, so hart, daß man meint, der Schädel krache einem.

Muß sie aber geknackt sein, so wird ein starkes Gebiß auch damit fertig. Es ist nur bitter, wenn der Kern hernach so ist, daß man spuckt und nochmals das ganze Gesicht verzerrt. Auch das ist nicht immer zu vermeiden.

Er war, gelinde gesagt — auf dem Dorf drückt man sich deutlicher aus — ein Weisenkind gewesen. So sehr sogar, daß man nichts von seinem Vater wußte, während die Mutter an seiner Geburt verstorben war. Mit dem lieben Vieh und wie dasselbe hatte man ihn aufwachsen lassen.

Wenn er gerade zur ungelegenen Zeit — und willkommen war er niemals und niemandem! — vor den Füßen herumkrabbelte, der stieß nach ihm, ganz gleich, wohin er traf. So hielt's seine Pflegerin, so blieb's in der Sitte. Das war so, daß er sich beinahe wunderte, blieb er einen ganzen Tag ungepufft oder ohne daß eine mehr neugierige als sanfte Frauenhand unterfuchte, ob wirklich sein eigenes Haar so struppig auf seinem viereckigen Schädel liege.

Bei dem allen war er geblieben. Zu einer ungemainen Kraft und Behendigkeit. Und weil er sich oftmals salbieren mußte, weil sehr früh jeder üble Streich im Dorf ihm zugeschrieben wurde, so konnte er bald jeden Schlich und jeden Stieg wie keiner. Er war tüchtig und grausam. Wer mit ihm raufte, den richtete er erbarmungslos zu, auch nachdem er ihn schon niedergeworfen hatte. Er sicherte sich so einige Kuhe. Zeigte ihn aber einem an, der konnte gewiß sein, daß ihm beim nächsten Baden in der March etwas Unangenehmes passierte, denn der Wotisch konnte schwimmen und tauchen wie ein Otter; oder daß ihn un-

jemals mehr als höchstens gleichberechtigt zu werden — dann könnten wir bittere Tränen weinen über das herrliche, sonnige Glück, das wir seit den Oktobertagen 1918 verloren und über dessen Verlust wir uns sogar einen Augenblick lang freuten, weil wir eben damals nicht wußten, daß es mit unserem Glanz nun vorbei sein sollte. — Das ist, kurz gefaßt, die Meinung des deutschböhmischen Spießbürgers, zu welcher Klasse die Unterteilungen Bourgeois und Kleinbürger zählen Sie alle, die dickleibigen Hausherren und die heute noch schwarzgelblichen Beamten, die l. l. Reserveoffiziere und die deutschnationalen Studenten, wissen nicht recht, wie sie die zwei Seelen, ach, in ihrer Brust miteinander versöhnen sollen — die eine, die darüber aufschreit, daß Karl Habsburg Deutschland verraten mochte, und die andere, die sich in dem für Spießer so gemüßlichen Oesterreich so wohl fühlte. Und beide Seelen, die stramm-großdeutsche und schlampig-österreichische, winden sich jetzt, da Karl in Ungarn sitzt, krampfhafter denn je. Bei welcher Bindung bleibt's? Bei der schwarz-gelben. Denn der deutsche Bourgeois ist eben in erster Linie Bourgeois und es liegt ihm doch das Reaktionärste am besten. Dieser Tatsache in geradezu klassischer Weise Ausdruck verliehen zu haben, ist das Verdienst der „Reichenberger Zeitung“. Am Sonntag hielt sie noch bescheiden mit ihrer Meinung zurück. Ihr Leitartikel, den sie dem Butschisten Karl widmete, bestand noch in einer bloßen Aneinanderreihung der Tatsachen und das verstaubte Herz des deutschböhmischen Oesterreichisch-Bürgerlichen vermochte nur der schlagen zu hören, dem es auffiel, daß in dem Artikel Karl Habsburg und sein Abenteuer mit keinem Worte verurteilt war. Inzwischen sind sich aber die Herren doch klar geworden und der Leitartikel in der Dienstagnummer der „Reichenberger Zeitung“ läßt die Klarheit, zu der sich die zwei widerstreitenden Seelen durchdrangen, auch nicht vermissen. Zunächst wird die „fluchwürdige, egoistische Rolle“, welche die Familie Habsburg spielte, ihr Verrat an Deutschland, mit kräftigen Peitschenhieben gepeinigt. Das geschieht jedenfalls deshalb, damit sich diejenigen nicht allzusehr wundern, die noch in Erinnerung haben, wie die „Reichenberger Zeitung“ in den Tagen des Umsturzes über das Kaiserhaus herfiel. Aber es tut der „Reichenberger Zeitung“ und denen, die aus ihr sprechen, herzlich leid, daß sie damals so vorschnell waren — es war doch eine Lust zu leben, damals, im alten Oesterreich, da wir noch jemand waren. Heute sind wir gar nichts und — hier wollen wir die „Reichenberger Zeitung“ selber sprechen lassen:

„Und so wie kein Mensch, der in Armut geraten, jemals der sonnigen Tage seines Lebens vergessen könnte, da ihm — wenn auch ein bescheidenes — Wohlergehen blühte, so kann auch ein geknebeltes Volk niemals der Zeiten vergessen, da seine Kraft und Kultur noch etwas galt. Es geschah, was die Tschechen nicht begreifen: Ueber dem Leid von heute vergaß man den Verrat von gestern und deshalb fehlt in unserer Bevölkerung jener aufrichtige

bersehens ein Steinwurf traf, ohne daß jemand zu erspähen war, der ihn getan haben konnte.

Er hatte dem Birten späterhin geholfen. Und dies Leben hält ihm eigentlich für immer am besten gepaßt. Wenn er durch das Dorf mit seiner Peitsche knallen konnte, worin er es bald seinen Meister vortat, und es drängte sich das liebe Vieh heran, so kam er sich wie ein Befehlshaber vor und fühlte sich gewaltig und nicht ohne Grund herzlich beneidet von allen Buben, die zur Schule oder aufs Feld mußten. Draußen aber ward ihm erst recht behaglich. Da konnte man sich ein Fleckchen aussuchen, auf das die Sonne so warm schien. Sich hinrücken in das sanfte Gras und in den hohen Himmel starren, der immer durchsichtiger ward, sich über einen sentke und zu Frühlingszeiten erfüllt war von unendlichem Verdenkjubel; um und um ein sanftes Gebimmel von großen und kleinen Schellen. Und man wurde schwindelig vor der vielen Bewegung, dem Bücken und Heben der vielen Tiere, den Farben: rot-bunt, schwarz, weiß, scheidig, die sich auf dem grünen Grunde durcheinander schoben, schläfrig vor dem eintönigen Schnauben, und genoh einer innigen und schönen Trägheit.

Nur freilich, gehorchte ein Tier in seiner Unvernunft nicht augenblicklich, brach es die Reihe, oder versuchte es in eine Bede einzubringen, oder sich im Aesefeld zu verlaufen, das so üppig und gefährlich lockte, dann geriet der Wotisch in eine befinnungslose Rut. Dann schlug er, wohin er eben traf, und der Birte wagte nichts mehr gegen ihn. So sehr fürchtete er sich selber vor dem hinterlistigen und gewalttätigen Buben.

Das aber kam auf, und darum ließ man ihn nicht dabel. Ein Handwert aber mocht er durchaus nicht lernen. Und als ihm einmal der Herr Pfarrer, der obendrein Dekant war und sogar beim Fürstbischof etwas galt, eine väter-

Ruzena Capel.

Von J. J. David.

Wär' es noch Sommer gewesen! Da mußte man sich nun um Obdach und Nahrung ängstigen. Man konnte in den Auen nächtigen, machte sich sein Feuer aus grünem Holz, damit einen die Gelsen nicht bei lebendigem Leib aufessen, und was man an Futter braucht, das gab der Fluß oder man legte Fallen. Darauf verstand sich der Wotisch Hermann wie keiner, und kochten konnt' er: der vom Grafen hält' immer noch was von ihm lernen können, trotz weißer Schürze und weißer Kappe, mit denen er sich so päsig machte.

Netzt aber, im Winter! Wahrhaftig, er hätte meinen müssen, der Teufel selber habe ihn hergeritten. Da gab es wohl nichts anderes, wie arbeiten. Entweder in der Zuckerrabrik, bei den Kesseln, wo man vor der Hitze narisch wurde, oder im Holzschlägen, wo man vor der Kälte wieder nicht zu sich kommen konnte. Und die Herrschaft weiß sehr gut, wer sich ihr jetzt verdingt, der muß nehmen, was er kriegt, und sie muß das und sie zahlt einen Lohn, daß man sich vor sich selber schämen muß, man rührt dafür nur eine Hand.

Aber wo war es denn jetzt besser? In der Stadt, wo man warten mußte, ob nicht vielleicht doch Schnee fiel? Die einzige Arbeit stochte, die ihm sonst behagte: die am Bau. Da mußte sich niemand mehr anstrengen, als ihm fußt paßte und zuträglich war, und man konnte immer seinen Spah mit den Helferinnen reiben. Und das hatte der Wotisch gern, sehr gern.

Er jündete sich einen Nasentwärmer an. Ganz trübselig rauchte er vor sich hin. Ja, das war doch ein richtiges Hundeleben, das er von Kind auf geführt.

Saß gegen Habsburg, der die Schweiz in den Tagen Wilhelm Tell durchglückte und der heute das schweizerische Volk nicht zuletzt auch darum beschützt, weil es fürchtet, die slowakischen Bauern könnten für das Wohl eines Königs beten, wenn er in Budapest regierte. Vom rein menschlichen Standpunkt betrachtet, wüßte kein Deutscher, wofür er in den Krieg gegen Karl zöge. Kämpft ein Mensch oder ein Volk gegen vergangene bessere Zeiten?

Ein paar Zeilen früher war vom „wohlverdienten Fußtritt“ die Rede, den Karl von seinen Völkern erhielt — und jetzt stellt sich heraus, daß mit dem Fußtritt sonstige Tage dahingingen; eben sprach die „Reichenberger Zeitung“ noch von dem „Schandlohn“ um der „dynastischen Sicherheit“ willen und jetzt kann sie niemals diese „Zeiten vergessen“. Jawohl, es fehlt den Deutschbürgerlichen der aufrichtige Haß gegen die Habsburger. Es hat ihnen zwar nicht alles an dem angestammten Herrscherhaus gepaßt, aber im Großen und Ganzen war's doch schön. Damit stellen sie sich, so sehr sie das auch verbergen möchten, auf die Seite der Konterrevolution. Wir werden es uns wohl merken, daß die Deutschbürgerlichen so sehr auf die Wiederverkehr „vergängerlicherer Zeiten“ lauern. Das Gesandnis ihres führenden Blattes ist trotz aller kunstvollen Verblümung doch so eindeutig, daß sie es niemals werden leugnen können, wenn sie vielleicht irgendeinmal die andere Seele, die republikanische, als ihre einzige werden ausgeben wollen.

Die Investitionsanleihe. Ueber Anordnung des Ministeriums für Post- und Telegraphenwesen wird die Post- und Telegraphendirektion in den nächsten Tagen mit der Kündigung der Telephonabonnentenstationen jener Abonnenten beginnen, welche die vorgeschriebene staatliche Investitionsanleihe nicht gezeichnet haben, und zwar mit Wirksamkeit zum 31. März 1922. Dies erfolgt auf Grund des § 10. des Gesetzes vom 18. März 1921 Nr. 126 der Sammlung der G. u. V. und § 31 der Telephonordnung vom 23. September 1920 R. G. Bl. Nr. 322. Werden die betreffenden Abonnenten spätestens bis zum 15. November 1921 der Zeichnungspflicht vollständig nachkommen, wird die Kündigung zurückgenommen werden. Nach dem 15. November wird von den Telephonabonnenten keine Bezahlung mehr angenommen. Es wird nachdrücklich hervorgehoben, daß nach Ablauf der Zeichnungsfrist zunächst Telephonabonnentenstationen für jene Bewerber erteilt werden, welche Investitionsanleihe gezeichnet haben. Erst darnach werden Stationen für andere Bewerber, jedoch unter bedeutend erschwerten Bedingungen erteilt werden.

Zum Mord auf den bulgarischen Kriegsminister Dimitrov wird aus Bukarest gemeldet: Dimitrov war von seinem Koffer Georgiew und dem Ingenieur Marlow, einem gebürtigen Tschechen, begleitet. Beide wurden angeschossen und sodann von den Mördern mit Dolchmesser getötet. Ein weiterer Beisitzer Dimitrovs, der Direktor Recheles, welcher verletzt wurde, ist entkommen und erzählt, daß die Mörder drei junge Leute mit launen Haaren waren, welche Zivilkleider und Mili-

tärmäntel trugen. Recheles befand sich auf dem Wege in sein Heimatdorf Rnica, wo er Vorbereitungen zur Hochzeit seiner Tochter traf. Die Mutmaßung, daß die Mörder wahrscheinlich die Dimitrovs vor vielen Jahren an der macedonischen Bewegung als Anhänger des ermordeten Zarbenko teilnahmen, welcher mit den übrigen Anhängern der inneren macedonischen Organisation von den sogenannten „Schakalen“ verfolgt wurde.

Preise und Kavalier. Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, ist in Karlsruhe die demokratische „Badische Landeszeitung“ von einem bekannten Berliner Zeitungskonzern der Zäpferindustrie aufgekauft worden und vor einigen Tagen offen zur deutschen Volkspartei übergegangen.

Auspekrung in Bochum. Bochum, 24. Oktober. (Wolff.) Am Nachmittage ist der gesamte Betrieb des Bochumer Vereines für Bergbau und Gußstahlfabrikation stillgelegt und 12.000 Mann arbeitslos geworden. Der Grund liegt in einem Streik von 82 Maurern wegen Tarifstreitigkeiten.

Kriminelles Vorgehen des gewesenen Premierministers?

Der Abg. Schyranu berichtete gestern im Reichsausschuß des Abgeordnetenhauses, daß er in der Parlamentsbibliothek unter Zahl 355 eine Schrift des Ministeriums für nationale Verteidigung gefunden hat, in der im Schlußabsatz ein Beschluß des Reichsausschusses vom 9. Dezember 1920 enthalten ist, durch den das Wahlrecht der Soldaten annulliert wurde. Es wird durch alle Mitglieder des Reichsausschusses konstatiert, daß ein derartiger Beschluß nicht gefaßt wurde und wird der schwärzende Protest gegen diese Eigenmächtigkeit des Ministeriums erhoben.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die neuerliche Teuerung und die Industrieangestellten. Samstag, den 22. Oktober fand in Reichenberg (Vereinshalle) eine Versammlung sämtlicher Kreis-, Bezirks- und Ortsgruppenleitungen sowie der Betriebsvertrauensleute des Vermeisters u. Industriebeamten-Verbandes aus ganz Nordböhmen statt, welche sich mit der neuerlichen Teuerung sämtlicher Lebensmittel und unentbehrlicher Bedarfsartikel beschäftigte. Aus allen Gebieten wurde an der Hand von Zahlenmaterial nachgewiesen, daß sich die Teuerungskurve seit Juni, Juli in stetig aufsteigender Linie befindet und daß diese Teuerung der Lebenshaltung die Industrieangestellten, insbesondere jene vor Eintritt des Winters, sehr hart trifft. Die Versammlung war sich darüber einig, daß der neuerlichen Teuerung, welche die beschloßen und nur auf das Arbeitsentkommen anzuwendenden Bewohner dieses Staates härter als die anderen trifft, nur durch eine Erhöhung des Arbeitseinkommens begegnet werden kann. Von den Rednern aus allen Bezirken wurde ein diesbezügliches Verlangen gestellt. Ründbare Kollektivverträge müssen mit Rücksicht auf diese Verhältnisse gefaßt werden, um höhere tarifmäßige Einkommen zu erlangen und dort, wo unläsliche Verträge laufen, muß die Dienstverpflichtung das notwendige Einschnür anbringen, daß der gesamten Industrieangestelltenklasse deshalb geholfen werden muß. Die Versammlung erbat mit der einstimmigen Annahme folgender Entschlüsse: „Die am 22. Oktober 1921 in der „Vereinshalle“ in Reichenberg stattfindende Versammlung der Kreis-, Bezirks- und Ortsgruppenleitungen sowie Betriebsvertrauensleute des Vermeisters- und Industriebeamten-Verbandes der Kreise Nordböhmens verlangt in Berücksichtigung der neuerlichen Teuerungswelle — welche insbesondere durch den Übergang von der teilweise gebundenen Wirtschaft zum freien Handel sowie durch

erhöhte Steuerabgaben, Meizine und durch die Entwertung des eigenen Geldes entstanden ist und den Industrieangestellten die Verteuerung sämtlicher Lebensmittel und unentbehrlicher Bedarfsgegenstände gebracht hat — eine höhere, den verteuerten Verhältnissen angepasste Bezahlung ihrer Arbeit. Die gesamte Angestelltenklasse erwartet eine Berücksichtigung dieses durch die Verhältnisse begründeten Verlangens durch die Erhöhung ihrer derzeitigen Gehälter und Löhne um mindestens 30 Prozent, sowie die Einführung der anlässlich der letztjährigen Tarifverhandlungen durch die Dienstverpflichtung vielfach gegebenen Versprechen auf Gewährung einer Weihnachtsgemunterung und Wohnungsbeihilfe. Die neuerliche Teuerung zwingt die Industrieangestellten, die Dienstverpflichtung nicht nur an dieses Versprechen zu erinnern, sondern die Einführung dieses Versprechens zu verlangen. Die Versammlung beauftragt die Leitung ihres Verbandes, dieses heute einstimmig geäußerte Verlangen den zuständigen Stellen der Dienstgeber zur Kenntnis zu bringen und auf die Erfüllung desselben zu dringen, denn Not kennt kein Gebot.“

Kohlenperce. Schon vor dem Kriege übertrugen die allewärtigen Bergwerksbesitzer „Prüxer Bergbau-Gesellschaft“, „Duxer Kohlen-Verein“ oder andere den Herren Weinmann und Beschel die Kohlenlieferung verschiedener Schächte in bestimmten Industriegebieten nur an einzelne Kohlenhändler, gewöhnlich an die größten und reichsten, um so wie bei der Förderung der Kohle auch noch bei deren Absatz die Konkurrenz möglichst auszuschalten und ihren Vertretern hohe

Gewinne zu sichern. Die Konsumenten können es ja bezahlen. Jetzt, wo der Kohlenhandel fast keinen Beschränkungen mehr unterliegt, machen die Herren von dieser Methode schon wieder ausgiebigen Gebrauch. So sperrt der „Duxer Kohlen-Verein“ den verschiedensten Großhändlern den Bezug von Kohle aus einer Reihe von Schächten für den Warnsdorfer Platz nur aus dem Grunde, um seine dortigen Vertreter zu „schützen“. Herr Weinmann liefert Kohle aus den Schächten aus dem gleichen Grunde nur an drei Kohlenhändler in Trautenau. Reichenberg ist mit dem Bezuge von niederschlesischem Kohle an eine einzige Firma gebunden, allen anderen wird nicht geliefert. Dem Arbeitsministerium können diese Vorgänge nicht unbekannt sein; es hat die Verpflichtung, im Interesse der Kohlenverbraucher hier einzugreifen und den besonderen Schutz der Vertreter der einzelnen Schächte nicht zu dulden, weil derselbe unbedingt zu einer Monopolstellung der betreffenden Großhändler in ihren Gebieten führt, besonders soweit gute Kohle in Betracht kommt, nach welcher die Nachfrage sehr groß ist, und die Kohle dann mit übermäßigem Zwischengewinn durch die Händler verkauft werden kann.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 322, 100 Mark 50%, 100 schweiz. Franken 179,3, 100 Lire 386, 100 franz. Franken 710%, 1 Pfund Sterling 386%, 1 Dollar 98%, 100 belg. Franken 704%, 100 Peso 1292%, 100 Dinar 130%, 100 Lei 71%, 100 österr. Kronen 2,07, 100 poln. Mark 2,52, 100 ungar. Kronen 12,85 sch. Kronen.

Wer muß einrücken?

1. Die 25jährigen und jüngeren Militärgastisten und ebenso die Infanteristen, Artilleristen, Kavalleristen und Flieger in der Reserve;
 2. Die 35jährigen und jüngeren Militärgastisten und Reservisten aller anderen Truppengattungen und Dienste (einschließlich die bei irgendeiner Truppengattung eingereichten Ärzte, Tierärzte, Offiziere des Zeugwesens, Verwaltungs- und Proviantdienstes);
 3. Von den technischen Truppen (Telegraph, Eisenbahn, Automobil) die 40jährigen und jüngeren Gastisten und Reservisten;
 4. Diese Bestimmungen gelten auch für die ehemalige Landwehr (Klassifiziert oder dienend), soweit sie Klassifizierung A haben.
- Vorkünftig entlassen sind:
- a) die Angestellten der staatlichen und der unter staatlicher Aufsicht gestellten Eisenbahnen, soweit sie keine Bestimmungskarten erhielten;
 - b) Die 25jährigen und älteren Angestellten der staatlichen Post- und Telegraphenverwaltungen, soweit sie keine Bestimmungskarten erhielten;
 - c) Konzepts-, Rechnungs- und Kanzlei sonal der polit. Beamten der 1., 2 und 3. Klasse, die keine Bestimmungskarten erhielten.
 - d) Die 27jährigen und älteren Angestellten aller Staatsämter, die keine Bestimmungskarten erhielten.
 - e) Die 25jährigen und älteren Angestellten in Unternehmungen, die das Ministerium für nationale Verteidigung erwächtigt hat, ihre unentbehrlichen Angestellten bis auf weiteres zu behalten, soweit diesen darüber ein Zeugnis ihres Unternehmens ausgestellt wurde.
 - f) Qualifizierte Bergarbeiter und unentbehrliche Angestellte der Kohlengruben (25jährige und ältere).
 - g) Gemeinde- (Stadt-), Vorstände, Staatspolizisten und Notare Karpathenland und der Slowakei.
- Alle von a) bis f) Angeführten müssen bei Befamtagabe dieser Kundmachung im Unternehmen oder Amt wenigstens zwei Monate ununterbrochen angestellt sein.

Die Regierungskrise in Deutschland.

Die Vernunft beginnt sich durchzusetzen. Berlin, 25. Oktober. (Tsch. P. B.) Ueber die gestrigen Besprechungen des Interfraktionellen Ausschusses beim Reichspräsidenten weiß die „Vossische Zeitung“ mitzuteilen, es sei vorkünftig eine formulierte Erklärung vereinbart worden, die die Restverwaltung Deutschlands gegen die obersteinstetische Entscheidung in schärfer Form zum Ausdruck bringt, aber die Entsendung eines Kommissars zu den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen möglichst ohne Vorbedingung zuläßt. Diese Formel müsse heute den Fraktionen unterbreitet werden. Bei der Erörterung eines gemeinsamen innerpolitischen Programmes hätten sich erhebliche Gegensätze nur in der Steuerfrage ergeben, da die Sozialdemokraten auf die Erhaltung der Goldwerke bestehen. Der „Vorwärts“ berichtet, daß gestern in Berlin Vertreter der deutschen Großindustrie tagten und im Gegensatz zur bisherigen Haltung der deutschen Volkspartei für die Entsendung einer Verhandlungskommission zum Schutze der deutschen Interessen in Oberschlesien eintraten.

Berlin, 25. Oktober. (Tsch. P. B.) Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge hat die deutsche Volkspartei die Zustimmung zur Erklärung der interfraktionellen Besprechung einstimmig abgelehnt und scheidet damit aus der Kombination einer Koalition aus. Ein neues Kabinett Wirth erscheint demnach sehr wahrscheinlich.

Wirth übernimmt die Regierungsbildung.

Berlin, 25. Oktober. (Wolff.) Reichskanzler Dr. Wirth erklärte sich nach erneuter Mitsprache mit dem Reichspräsidenten bereit, die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen.

Polen bekommt auch noch Wilna?

Berlin, 25. Oktober. Der „Lokalanzeiger“ will wissen, daß nach Erledigung der ober-schlesischen Frage das Memelgebiet Litauen zugesprochen werden soll als Ersatz für den Verlust Wilnas, das an Polen kommen soll. Memel

wird anstelle Kovno die Hauptstadt des vereinigten Litauen werden.

Das Ergebnis der Berliner Stadtwahlen.

Berlin, 25. Oktober. Der Berliner Stadtwahlauausschuß stellte das endgültige Wahlergebnis zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung fest. Danach werden die drei sozialistischen Parteien 110 und die bürgerlichen Parteien 115 Mandate erhalten.

Aus der Partei.

Jugendkreis-Konferenz. Aufsig. Vergangenen Sonntag fand unter dem Vorsitz der Genossin Trude Rahner die erste ordentliche Kreis-Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen des Aufsiges statt. Genossin Skontajana berichtete über das in Leipzig geschaffene Programm, Paul Teplis über die Bildungsarbeit, Schramel-Wilts über die internationale Werbewoche und Welfer über „Unjere nächsten Arbeiten“. Unter anderem wurde beschloßen, eine Kreisjugendschule zu errichten. Ferner wurden entsprechende Beschlüsse über die Werbewoche und den internationalen Jugendtag gefaßt. Am 20. Oktober findet um 3 Uhr nachmittags eine große Jugendversammlung statt, in der Genossin Schramel über die Jugendinternationale sprechen wird. Zum Kreisvertrauensmann wurde neuerdings Gen. Skontajana-Aufsig einstimmig gewählt.

Vom Frauenreichskomitee.

Am 22. Oktober fand eine Sitzung der Exekutive des Frauenreichskomitees statt, an der die Genossinnen Burek, Deutsch, Goldschmidt, Jordan, Krapal, Berthen, Blaschel und vom Parteivorstand Genossin Kremier teilnahmen. — Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung berichtete Genossin Goldschmidt über die Tätigkeit in den einzelnen Organisationen über die Veranstaltung von Frauenbezirkskonferenzen und Versammlungstouren seit der letzten Sitzung. Aus ihrem Bericht über den Stand der „Sozialdemokratin“ ging hervor, daß die Auflage jetzt ziemlich gleichbleibend und die Kasseneinbarung eine günstige ist. Ein fühlbarer Mangel besteht nur darin, daß mit einzelnen Bezirksorganisationen, besonders in Wahren, der schriftliche Verkehr durch das lange Ausbleiben der Antworten erschwert ist. Die Berichte über die Vorbereitungen zur Frauenreichskonferenz wurden zur Kenntnis genommen. Leider sind bisher aus den Organisationen keinerlei Anträge oder Anregungen zur Konferenz eingelangt. Genossin Goldschmidt legte der Sitzung einige Entwürfe betreffend Änderungen des Organisationsstatuts und Richtlinien über den Ab-

liche Vermahnung hielt, was denn auf diese Weise mit dem Wotjch werden und ob er durchaus zur Hölle fahren wollte, da stand er wie ein Stod und stierte ihn ohne alle Gegenrede sehr frech an. Und als sich der Herr Dechant in seiner Bekümmernis, denn es ging doch um eine getaufte Seele, umfaß, da stand der Sube immer noch, wo man ihn verlassen hätte, streckte die Zunge heraus, so lang es gehen wollte, und das Gewand des hochwürdigen Herrn war sehr hoch hinauf mit Kottlumpchen beprägt. Darin hatte der Junge eine Fertigkeit, das mit den bloßen Fehen zu tun und ohne daß es einer merken konnte, der auf eine solche Niederträchtigkeit natürlich nicht gefaßt gewesen ist. So voll ausgespielter Schlichtheiten war der Wotjch von klein auf.

Er war wie ein Tier. Ganz ohne Scham oder Achtung vor einem, der nicht eben stärker war wie er. Er witterte aus wann und wo die Mädchen badeten, und trieb damit unerhörten Unfug. Und mit den Italienern machte er Bruderschaft. Ohnedies ist das ein Diebsvolf ohne Gleichen. So dohten sie zueinander. Nun hatten sie gar einen, der ihnen jede Gelegenheit für Galgenstreiche ausspürte und verriet. Es läßt sich denken: gar nichts mehr im Ort war in alle Ewigkeit vor ihnen sicher. Natürlich kam bald alles, was sich begab, dem Wotjch aufs Kerbholz. Schlug man ihn, warf er sich gern unter mörderischem Geheule flach auf den Boden, und er verstand es alsdann, Anfälle und Zuckungen zu heucheln, daß man erschrat und von ihm abließ. Hatten sich seine Bedränger aber erst entfernt, dann hörte man einen grellen Pfiff, und der Wotjch verschwand mit einer unheimlichen Schnelligkeit, bößig munter und als wäre nichts geschehen. Mit aller ihrer Mühe, nur ein dickes Fell haben sie ihm angeprügelt. Nun, und das kann man gebrauchen, wie er war. Nicht eine

Stunde in seinem nichtsnutzigen Leben war er krank. Da war ein großes Kindersterben gewesen. Er schaute keine Anfechtung. Er half dem Totenpräger. Er trug die kleinen Leichen, um deren Gereunung man gebetet, wenn man ihn jede Stunde nur verwünschte. Und ihm geschah nichts.

Damals traute er sich zuerst ins Weisshaus. Mit seinem Gelde stümpern, adseriffen, wie ein rechter Haberlat, sah er da und hatte keine kleine Meinung von sich. Man hatte Kerger über ihn. Nicht einer, der an diesem Tag in seinem Glas Bier oder in seinem Schnäpschen nicht ein pittriges Geschmäcklein verspürt hätte. Desto lieblicher ging es ihm ein. Er war fort-ab erwachsen. Und er brachte sich bald Namenraden mit, Salunken aus der ganzen Umgebung, die ihm zuliefen, ihn als Meister anzukennen und bewunderten und ihm bei allen Schlichtheiten halfen. Und mit Schelmensliedern voll Unzucht höhrten sie die allgemeine Trauer und lebten frech und sonder Gedanken in den Tag.

Es läßt sich somit denken, wie froh man war, als der Wotjch einrückte. Man atmete auf, hoffte seiner für immer ledig zu sein. Und nun war er doch wieder da, frecher denn je, und jeder erkannte ihn, da er mit seiner Lumpenfahne durch das Dorf schritt, und alle Hünerfeigen wurden gesperrt. Daß der Teufel doch niemals den holt, den er sollte! Das ist doch der Teufel! Eben der rechte Teufel!

Tut einer in jedem Sinn seine Pflicht, gegenüber den Seinigen, der Gemeinde und dem lieben Gott, dann heißt es: er ist so weit ein ordentlicher Mensch.

So weit. Denn gerade in solchen Stunden müssen die Leute nur einmal immer eine Einschränkung machen. (Fortsetzung folgt.)

fungsfähig des Frauenkomitees vor, die als Anträge des Frauenreichskomitees auf der Konferenz zur Beratung stehen sollen. Die Entwürfe wurden angenommen. — Der Bericht der Genossin Stjepal über ihre Reiseberichte bei den zuständigen Ministerien wegen schlechter Behandlung der deutschen Krankenschwestern im Allgemeinen Krankenhaus in Prag wurden mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. — Zu der am 29. Oktober stattfindenden Frauenreichskonferenz in Karlsbad wurde vom Frauenreichskomitee Genossin Gledschmidt delegiert. — Zum Schlusse wurde über die Frage der Gewinnung der Berufarbeiterinnen für die politische Organisation und über die Hausgehilfinnen eingehend diskutiert. Auch diese Fragen sollen auf der Konferenz besprochen werden. Vor der Frauenreichskonferenz wird noch eine Vollziehung des Frauenreichskomitees stattfinden.

Localorganisation Prag VII. Freitag, den 4. November, im Lokale „U Akademie“ Vortrag des Genossen Weber über „Einführung in die Nationalökonomie“ (erster Teil).

Kunst und Wissen.

Neues Deutsches Theater. Mit „Figaros Hochzeit“ wurde am Montag der Mozart-Jubiläum eingeleitet. Wenn man den Glanz all der kostbaren Perlen, die aus Mozarts Schatz noch kommen sollen, ebenso hervorheben wird, wie man das mit dem Figaro getan hat, dann wird's eine prächtige Kette geben. Jemalinsky sah am Pult — und von der Durbereit angefangen bis zum Finale des letzten Aktes wurde die ganze Oper mit ihren süßen, oft hinreichenden Melodien so formvollendet wiedergegeben, daß man dem Textdichter da vorne gerne den etwas unnatürlich gewordenen Liebesnäuel verzieh, den er durch vier Akte mehr als gewissenhaft entwirren läßt. Man hat auf dem Theaterzettel nicht ohne Grund die komische Oper diesmal nur einfach als Oper ausgegeben — die Komik kam wirklich zu kurz, nicht nur weil wir über die Späße, die unsere Mitwörter belustigten, nicht mehr recht lachen können, sondern weil es auch die Darsteller, mit Ausnahme des Herrn Sterned, fast durchwegs nicht recht verstanden, der Komik wenigstens so weit gerecht zu werden, als dies im Figaro Tradition ist. Dies gilt vor allem für den Bartolo des Herrn Lubwiz, mit

dessen prächtigen Bass so lange nicht viel anzufangen sein wird, als er nicht auch spielen lernt, ferner für den Bassio (Bruch) und die anderen ausgesprochen komischen Figuren. Die beste Leistung bot Herr Sterned. Bassio von heute, die den Figaro so singen und spielen können, gibt es nicht viele. Entzückend war der Cherubin des Fräulein Müller, gut — wie immer — Frau Fichta, Herr Klein und die Damen Medler und Sommer seien in weiter Linie gelobt. Ausgestattet war die Oper vorzüglich — der Chor wird immerzu schlechter. Soll man es in der Kritik immer als selbstverständlich tadeln, daß die erste deutsche Opernbühne in der Republik nicht einen einzigen vernünftigen Choristen hat? Daß wir gerade heute diesen Mangel deutlicher als sonst feststellen, soll den vortrefflichen Eindruck, den wir von der ganzen Aufführung hatten und den wir wiedergeben wollen, nicht schwächen. Im Allgemeinen wurde so wundervoll künstlerisch gesungen und auch so mit Lust gespielt, daß man beinahe die aufwendenden Szenen verpaß, die sich jetzt auf der Weltbühne abspielen. Nur als Figaro dem eben zum Leutnant beförderten Cherubin seine halb launigen, halb ernstern Mahnungen ins Feld mitgab, fühlte man — am Abend der Reibmahlung — so etwas wie tragische Ironie.

Wilhelm Klisch sprach Sonntags in der Urania einleitend einige hohe Oden und Balladen Goethes, im Hauptteil ein umfangreiches, von Einzelstücken überlesenes Bruchstück des Nibelungenliedes. Er gewinnt schon durch die Mittel, welche ihm die Natur mitgab: Puch und Anstich von Koffischem Ebenmaß, die Stimme von einer Weichheit und Tonfülle, daß sie sich jedem Gefühl vom innigsten bis zum erhabensten schmiegsam anpaßt. In Klisch bekam man nach dem schlichten Dichterinterpreten Ludwig Gardt einen in Rhythmus und Klang schmelzenden, Wort und Geste zur Einheit zusammenschmiedenden dramatischen Regitator zu hören mit all den Reizen und auch mit den Mängeln, welche dieser Art Vortragskunst notwendigerweise eigne. „Der Fischer“ und „Der Totentanz“ gewannen so, wenn auch ein intimer Kenner der Gedichte nicht jede Einzelheit billigen mochte, an darstellerischen Werten, die feierliche Wucht des „Götlichen“ hingegen und noch mehr die zarte Feinheit der Verse „An den Mond“ verschwanden bisweilen

anzuehr unter dem kostbaren Brunkgewand einer Kunst gewordenen Sprache. Doch bedeutet diese Feststellung weniger als nichts dem Dichtgenuß gegenüber, welchen der Vortrag der beiden erregendsten Gesänge des „Nibelungenliedes“ bot. Wie Heibel dem „taubstummen Gedicht Sprache lieh“, indem er es in seine Tragödien trilogie umgab, so verwandelte auch Klisch die beiden Abenteuer „Wie Siegfried verraten“ und „Wie Siegfried besagt und begraben ward“ in ein tief erlebtes, so innerst erschütterndes Drama. Alles sah der Hörer bei seinen wohl abgemessenen Worten und Tönen: die helle Sorglosigkeit des sonnigen Helden, die Leise gegen Feindhilde herankriechende Angst, den sich zum Sprung dardenden Verrat Hagens, die ziellos-troste, in Kraft und Erfolg schwellende Jagd und dann die schwarze Untat. Jedes Todesröcheln Siegfrieds und der unermessliche Jammer des in Schmerz und Nachsicht erstarrten Wittib gewonnen große Wirklichkeit, Hagens dämonischer Trotz wandelte beklemmend an uns vorüber. Wenn es die erste und einzige Aufgabe des Vortragskünstlers ist, Dichtung zur vollkommensten Anschauung zu erheben, so hat Klisch mit seiner Darbietung des Nibelungenliedes dieses Ziel restlos erreicht. Der nicht endenwollende Beifall der (leider recht spärlichen) Hörer zeigte am deutlichsten, wie völlig sie im Banne dieser hohen Kunst gestanden waren.

Neues deutsches Theater. Heute 7 Uhr abends „Cosi fan tutte“, Oper von Mozart.

„Urania.“ Heute 8 Uhr, Franz Schreker „Arrelope“. Vorlesung seiner neuen, in Arbeit befindlichen Oper (mit einführenden Worten). Karten 8-8 Kronen.

„Menschenfelle und Tierfelle.“ B. Boelsche, Montag, den 31., halb 8. Karten 17-4 Kr. Mitglieder Ermäßigung.

Zeitgenössische Tonseher.“ 2. November (Mittwoch), halb 8 Uhr, evangelische Kirche. Mitw.: Irene Rippl (Alt), Kurt Lanauer (Bariton), Fritz Heitmann (Organist der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche-Berlin). Geistliche Lied- und Orgelwerke von Heiser, Remitschke, Schröder und Ernst Müller. Karten 10 und 7 Kronen, Urania-Kanzlei und ebang. Kisterei.

Die Ausstellung der Zeichnungen nach der neuen Farbenlehre, die von Prof. Oswald selbst hergestellt wurden, ist täglich von 10-1 und 3-5 geöffnet. (Nur bis Ende der Woche.) Kleiner Urania-Saal.

Bereinsnachrichten.
Sozialdemokratischer Gemeindeflub Groß-Prag Die hundertste Klubführung findet Mittwoch, den 26. Oktober um sieben Uhr statt.
Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Mit Rücksicht auf die Mobilisierung entfällt die auf heute angesetzte Vollversammlung.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Graf's echte Suppenwürfel masst Du proben wirst Du loben

Selbstschreibende Burroughs-Additionsmaschinen der Firma Mlogowski & Comp., Prag, I., Celetna ul. 35. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Vorführung und Probefeststellung überall unverbindlich und kostenlos. Telephon 6217. 106

Erste Marke der Welt! Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle. Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. S., Prag I., Celetna ul. 35, vis-à-vis dem Obecní dum. Telephon 2871. 107

Rechtzeitig eindecken!
Weihnachts-Wunderkerzen „UNIO“
in bekannt erstklassiger Qualität erhältlich bei allen Grossisten einschlägiger Branchen, wo nicht, direkt in der Fabrik „UNIO“-Werke, Ges. m. b. H., Pilsen.
Generalvertreter:
JOSEF POLLAK, Weinberge, Resselová 3.
Telephon 210, 213



Da Schuhwaren im In- und Auslande wieder teurer werden, so ersparen Sie Geld, wenn Sie Ihren Bedarf sofort decken.

Beachten Sie die Preise in unseren Fenstern

Salamander

Schuhgesellschaft m. b. H. Prag, Přikopy 3.

Kanalfasse, Inlette, Matratzen

Gradl und Damaste, für Inland u. Export liefert billigst Hronover Erzeugung von Leinen- und Baumwollwaren 58

Viktor Prager, Prag-II., Truhlářská ul. Nr. 21, nächst Repräsentationshaus
Telefon 2252

Inserieren bringt Erfolg!

Speziallacke, Farben sowie Staufferfett, Hanfseife, Vaseline schwarz und gelb, Raupenleim nach amer. System etc. und andere chem. techn. Produkte liefert zu äussersten Preisen in Ia. Qualität

Hiersche & Co., Fabrik chemisch-technischer Produkte
NESTOMITZ a. E. Tel. 727 (40) Tel. 727

Piering-Sonl und Essig Ist der Beste!

zu haben in allen Konsum-Verelnen. 47

An die Redaktionen der deutschen sozialistischen Blätter der Tschechoslowakei, Deutschland, deutscher Teil der Schweiz und Rumänien!

Vor einigen Monaten habe ich mit Bewilligung der Parteileitung der deutschen sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei in Tepitz an alle Parteiblätter meine Broschüre

Winke für das arbeitende Volk,

eine leichtfassliche Schrift für Sozialdemokraten und solche Personen, die es werden wollen. (Grossoktav, 64 Seiten ohne Umschlag. Preis 4 Kč) als Rezensionsexemplar samt Wäschzettel eingeschickt und hat mir davon ein Pflichtexemplar Ihres Blattes zuzusenden. Da viele Genossen Redakteure dieser Kollegialität noch nicht nachkommen, ersuchen ich höflichst darum und will erfahren, wieviel Broschüren auf dem Wege gestohlen wurden.

Mit Parteigruss
Jakob Mitzner, Buchdruckerbesitzer, Bischofsteinitz, Westböhmen.

Zeitungsauschnitte

über alle Wissensgebiete, pol. u. Berufsfragen usw. Tägl. Kontrolle von ca. 1000 Zeitungen des In- u. Auslandes. 68

The Internat. Spectator Prag II., Panská 9.

Das tanzende Prag besucht nur die

TANZ-BAR ASTORIA

Prag, Ovocný trh. Entrée frei.

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen

amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen-Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossen, schafften zu Vorzugspreisen 127

H. Kominik, Prag II., Konečnická ul. 6. Telefon 8514-7111

Redakteur gesucht.

Wir suchen für unser dreimal wöchentlich erscheinendes sozialdemokratisches Kreisorgan (Anhänger der Wiener Konferenz) einen

Redakteur.

Schriftliche Offerte sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der proletarischen Bewegung und Presse und unter Angabe der Gehaltsansprüche bis längstens 15. November 1921 an die Kreisorganisation Mies zu richten. Der Redakteur muss der Tschechischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Stellungsantritt mit 1. Dezember 1921. 248

Wir erzeugen wieder feinste

Theemargarine „SANA“

und vorzügliche

Tafelmargarine „AXA“

den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität.

Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín

Půjčovni 2. 151

VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN

MAISON LOUVRE
PRAG, NARODNI TRIDA 20

STETER EINGANG VON NEUHEITEN TELEPHON: 7863 1646 ERSTKLASS. SCHNITT UND VERARBEITUNG

142

Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan!